NRW
DIE FRAKTION
SPD

PRESSEKONTAKT
Andreas Hahn
Pressesprecher

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

0211.884-28 08
andreas.hahn@landtag.nrw.de

Pressestelle
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

0211.884-22 39
spd-presse@landtag.nrw.de

Handout zum Pressegespräch

28. Juni 2023

Die Klimakrise darf nicht zur Gesundheitskrise werden!

Auswirkungen der Klimakrise auf die Gesundheit:

Der Klimawandel wird immer mehr zur Klimakrise. Damit verbunden: eine zunehmende Gefahr für die Gesundheit. Neben längeren Hitzeperioden wird eine **stärkere UV-Strahlung, Luftverschmutzung, invasive Arten, Infektionskrankheiten** oder eine **wachsende Zahl an Allergien** unsere Gesundheit nachhaltig beeinträchtigen.

Die Zahlen sprechen Bände:

- Im Jahr 2022 meldete das Robert-Koch-Institut (RKI) etwa 4.500 Tote durch Hitze. Mit etwa 2.000 **Hitzetodesfällen** war der Westen, u.a. NRW, am stärksten betroffen.

- Hautkrebs verbreitet sich rasant. Im Mai 2023 veröffentlichte das Statistische Bundesamt die entsprechenden Zahlen: Im Vergleich zu 2001 ist die Zahl der Todesfälle wegen Hautkrebs um 55% gestiegen.

- Die Anzahl der Sonnenscheinstunden und damit der Zeit, in der UV-Strahlung ungehindert die Erdoberfläche erreichen kann, hat sich dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) zufolge von 1951 bis 2021 um 132 Stunden erhöht. Auch im Herbst und Frühling kann es sonnenbrandwirksame UV-Strahlung geben.

- Die Häufigkeit von Allergien hat in Deutschland seit den 1970er Jahren stark zugenommen: Mehr als 20 Prozent der Kinder und 30 Prozent der Erwachsenen erkranken in Deutschland laut RKI im Laufe ihres Lebens an mindestens einer allergischen Erkrankung.

- Auch die gesundheitsgefährlichen Feinstaubkonzentrationen sind witterungsabhängig. In trockenen Wintern und zum Teil auch in heißen Sommern, können wiederholt hohe Feinstaubkonzentrationen auftreten: Hohe Feinstaubkonzentrationen führen allein in Deutschland zu ca. 28.000 vorzeitigen Todesfällen und Krankheiten (Quelle: Umweltbundesamt).

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

- Auf 396 Gemeinden kommen in NRW gerade einmal rd. 130 Trinkwasserbrunnen (Stand 2019, Quelle: Land NRW). In Köln und Düsseldorf jeweils 13, in Dortmund 31, in Krefeld und Wuppertal jeweils 1.

Verschärfung sozialer Ungerechtigkeit durch die Klimakrise:

Besonders betroffen von der Klimakrise: Die, die schon jetzt nicht zu den Gewinnern unserer Gesellschaft zählen. Das gilt laut Umweltbundesamt und Paritätischem vor allem für Menschen höheren Alters oder mit niedrigen sozioökonomischen Status, weil es deutliche soziale Unterschiede bei Belastung, Anpassungsfähigkeit und Betroffenheit z.B. gegenüber Hitze gibt (Wohnverhältnisse, Art der Arbeit, psychische und physische Gesundheit, Sprachbarrieren, etc.).

Das Land hat ihnen gegenüber eine besondere Fürsorgepflicht. Wer genug Geld hat, kann sich bedenkenlos Sonnencreme kaufen und sich selbst schützen. Wer wenig Geld zur Verfügung hat, überlegt sich das vielleicht zwei mal. Verlässlich ist dann nur, wer am Ende einen Sonnenbrand bekommt – und damit der Hautkrebs-Gefahr besonders ausgesetzt ist.

Die Landesregierung muss deshalb einen Sonnenschirm spannen für all diejenigen, die sich einen wirksamen Schutz vor den Folgen der Klimakrise selbst nicht leisten können.

Wie NRW eine Vorreiterrolle einnehmen kann:

- „Klima“, „Gesundheit“ und „Soziales“ hängen also unmittelbar miteinander zusammen. **„Soziale Klimagesundheit“** muss deshalb zu einem eigenständigen Politikansatz in NRW werden.

- Auf Bundesebene gibt es bereits eigene Fachbereiche in den Ministerien, die sich schwerpunktmäßig und übergreifend mit diesem Thema befassen; z.B. im Bundesministerium für Gesundheit das Referat 622 „Umweltbezogener Gesundheitsschutz, Klima, Gesundheit“ oder im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit das Referat 100 „Globale Gesundheitspolitik und -finanzierung“ oder das Referat 101 „Pandemieprävention und Pandemievorsorge, One Health“.
- In NRW gibt es dergleichen bisher nicht. CDU und Grüne behandeln das Thema nur stiefmütterlich: Eine **soziale Klimagesundheits-Strategie** fehlt völlig.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

- Nordrhein-Westfalen braucht deshalb jetzt ein **Aktionsbündnis für soziale Klimagesundheit**, um Risikogruppen besser zu schützen. Zusammen mit Ärztinnen und Ärzten, Wissenschaft, Pflege, Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und Betroffenen sind durch die Landesregierung **Handlungsfelder** zu definieren, wie Hitzetote und klimabedingte Gesundheitsgefährdung vermieden werden können. Denkbar wären etwa:

  - Verlagerung von **Arbeitszeiten** in die frühen Morgen- und späteren Abendstunden. Die Siesta aus südeuropäischen Ländern ist dafür ein gutes Beispiel.
  - Klimagerechte **Ausstattung** (Ventilatoren, Klimaanlagen, Wärme- und Kältedämmung, etc.) von öffentlichen Gebäuden sowie sozial- und gesundheitsbezogenen Einrichtungen mit Publikumsverkehr (z.B. Wartezimmer, Apotheken, Alten- und Pflegeeinrichtungen, Einrichtungen für Menschen mit Behinderung).
  - Anpassung von **Dienst- und Kleiderordnungen** für die heißen Sommermonate.
  - Eine Ausdehnung der möglichen **Homeoffice**-Tage für die Beschäftigten.
  - Die flächendeckende **Errichtung kostenloser Trinkwasserbrunnen**. In Paris ist das bereit seit Ende des 19. Jahrhunderts Realität. Dort stehen Trinkwasserbrunnen in der ganzen Stadt verteilt. Sie sind so gebaut, dass sie von weitem erkennbar sind und sich dennoch gut in das Stadtbild einfügen.
  - Kostenfreie **Sonnencreme-Spender** in öffentlichen Badeanstalten, an Seen, in Schulen, etc. für den UV-Schutz. Die Niederlande machen es vor: Alte Desinfektionsspender aus den Corona-Jahren wurden zu Sonnencrem-Spendern umfunktioniert. Eine Win-Win-Situation. Es müssen keine neuen Spender angeschafft werden, und jeder hat Zugang zu Sonnenschutz.
  - Einführung eines **landesweiten Hitze-Telefons** zur aktuellen Informationsbeschaffung bei einem **Hitzeschutz-Beauftragten** für NRW.
  - Wiederkehrende **Informations- und Aufklärungskampagnen** mit Influencerinnen und Influencern für die Aufmerksamkeitssteigerung in bestimmten Lebenssituationen.

- Die Klimakrise darf zudem **Einsamkeit und soziale Isolation in NRW** nicht verschärfen. Menschen müssen sich trotz der Klimaveränderungen z.B. an öffentlichen Plätzen treffen können. Die Landesregierung muss sicherstellen, dass alle Menschen am Leben teilhaben können. Hitzeschutz spielt insbesondere für vulnerable Gruppen und an öffentlichen Treffpunkten eine wichtige Rolle, damit Menschen sich begegnen können und nicht vereinsamen.

- Die Kommunen müssen bei Klimaanpassungsmaßnahmen stärker unterstützt werden: Es braucht einen Leitfaden, der die Kommunen bei der Erstellung von **Hitzeschutzplänen** unterstützt. Die Verantwortung alleine kann nicht wieder bei den Kommunen abgelegt werden. Die Landesregierung muss dafür sorgen, dass sich Menschen in allen Kommunen auf einen ausreichenden Hitzeschutz verlassen können. Wenn es bspw. in Duisburg kostenlose Trinkwasserspender gibt, dann sollen sich die Menschen darauf verlassen können, dass sie in anderen Städten ebenfalls Zugang zu kostenlosem Trinkwasser haben.